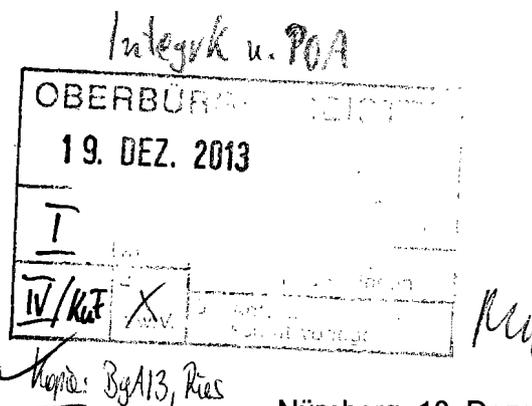


SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

An den Oberbürgermeister  
der Stadt Nürnberg  
Dr. Ulrich Maly  
Rathaus

90403 Nürnberg



Nürnberg, 18. Dezember 2013  
Penzkofer-Röhl / Wojciechowski

## Interne Verwaltungsdolmetscherdienste

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Die Stadt Nürnberg hat bereits vielfache Anstrengungen unternommen, um Sprach- und Verständnisbarrieren im Umgang mit KundInnen mit Zuwanderungshintergrund zu mindern.

Dennoch kommt es im Behördenalltag immer wieder zu Verständnisproblemen, insbesondere wenn die KundInnen nicht auf private Dolmetscher / Übersetzer aus dem persönlichen Umfeld zurückgreifen können oder durch den Sachverhalt der Einsatz privater Dolmetscher nicht gerechtfertigt ist. Dies führt oft zu Missverständnissen und Unzufriedenheit auf beiden Seiten.

Ad hoc auf Übersetzungshilfen durch muttersprachliche Mitarbeitende zurückzugreifen, ist selten durchführbar und zudem ineffizient und nicht zielführend.

Die Stadt Hannover hat daher vor drei Jahren einen Verwaltungsdolmetscherdienst aufgebaut, der – zentral gesteuert - bei Bedarf von den jeweiligen Dienststellen angefordert werden kann.

Die entsprechend durch die Stadt Hannover in Kooperation mit der Volkshochschule geschulten DolmetscherInnen setzen sich aus mehrsprachigen städtischen Mitarbeitenden zusammen. Zudem gibt es Kooperationen mit einschlägigen Beratungsstellen vor Ort.

Die Schaffung eines internen Dolmetscherdienstes wäre eine sinnvolle Erweiterung des Integrationsprogrammes der Stadt Nürnberg und entspricht den „Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Nürnberg“, insbesondere dem Punkt 8 „Die in Nürnberg lebenden Migrantinnen und Migranten sollen gleichberechtigt an allen städtischen Angeboten und Leistungen teilhaben können.“

- 2 -

Die Implementierung eines Dolmetscherdienstes ändert nichts an der Tatsache, dass Deutsch weiterhin Amtssprache ist, sondern ist als „Bürgerservice“ für die hier mit uns lebenden Menschen mit Zuwanderungshintergrund als Erleichterung für die Mitarbeitenden zu werten.

Die SPD stellt daher zur Behandlung in der Integrationskommission und im Personal- und Organisationsausschuss folgenden

**Antrag:**

Die Verwaltung prüft die Schaffung eines Verwaltungsdolmetscherdienstes und greift dabei auf die durch das Integrationsprogramm gewonnenen Strukturen und Erfahrungen zurück.

Die für die Dolmetschertätigkeit notwendige Fortbildung kann auf die bereits vorhandenen Module zur interkulturellen Kompetenz aufbauen, diese ergänzen und in das Fortbildungsprogramm der Städteakademie implementiert werden.

Die Verwaltung prüft zudem, ob hier ein ggf. durch den Bund förderfähiges Projekt aufgelegt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

  
Christian Vogel  
Fraktionsvorsitzender